

P.B.73.R.O.

p.B.58.01.3. - THU/SIM

ABSENDER/EXPEDITEUR: Politisches Sekr.

ammoscou ambassade moscou -o-

\*\*\*  
 (((  
 ammoscou  
 .berneda

pour ambassade moscou

bern 16.5.1991 18:13

107-hhhhh

In der Beilage erhalten Sie zu Ihrer Information den Text, den unser Mitarbeiter W. Thurnherr anlässlich des Besuchs des armenischen Vizepräsidenten in Bern, fuer den Wochentelex redigierte.

Quote

Besuch des armenischen Vizepräsidenten  
 Babkan Ararktsian (A) vom 14.5.1991 in Bern

A, der von schweizerischer Seite von Botschafter Guy Ducrey (DY), D. Woker, P. Pardo und W. Thurnherr empfangen wurde, verfolgte mit dem kurzangesagten Besuch zwei Ziele:

- Die Schilderung der aktuellen Lage in Armenien und Aserbaidschan.
- Die Abklaerung der Moeglichkeiten, inwiefern fuer das am 21.9.1991 in Armenien stattfindende Referendum von schweizerischer Seite Wahlbeobachter gestellt werden koennten.

In der Beurteilung der derzeitigen Situation im armenisch-aserbaidschanischen Grenzgebiet und in der Region Berg-Karabach wies A vor allem auf die Rolle der sowjetischen Armee hin, die sich zusammen mit aserbaidschanischen Einheiten offensichtlich im Kriegszustand mit Armenien befinde. Er selbst habe sich im umkaempften "Getaschen" aufgehalten, als sowjetische Truppen am 29. April das Dorf bombardierten, um die Deportation aus hauptsaechlich armenisch besiedelten Gebieten durchzusetzen. A vertrat die Ansicht, dass die Unterstuetzung Aserbaidschans durch Truppen des Innenministeriums auf die Bedeutung des Verhaltens der kommunistischen Regierung in Baku fuer die bevorstehende Diskussion ueber den Unionsvertrag zurueckzufuehren sei.

Eine Beruhigung koenne erst dann eintreten, wenn der armenischen



Bevoelkerung in Berg-Karabach, die vollstaendige Autonomie zugestanden wird. (Der Anteil an Armenier im autonomen Gebiet betraegt 76 o/o). Obwohl sich die grosse Mehrheit der Bevoelkerung Berg-Karabachs den Anschluss an Armenien wuensche, sei dies nicht das Hauptziel der Politik Erewans.

Zum Referendum vom 21. September 1991 aeusserte sich A wie folgt:

Seit den ersten freien Wahlen in Armenien (im Mai des letzten Jahres) und der Arbeitsaufnahme des gewaehlten Parlaments im Oktober 1990 habe sich auf politischer Ebene einiges bewegt. So wurden beispielsweise die Landwirtschaft und Teile des Handels und der Industrie privatisiert. Weitergehende wirtschaftliche Reformen seien geplant.

Am 21. September werde sich das armenische Volk nun zur Unabhaengigkeit Armeniens aeussern. Die Abstimmungsfrage laute: Sind Sie damit einverstanden, dass Armenien ein unabhaengiger und demokratischer Staat ausserhalb der Sowjetunion wird? Bei einer allfaelligen Annahme werden gemaess A mit Moskau Verhandlungen zum Austritt aus der Union aufgenommen wie es im sowjetischen Gesetz vom 3. April 1990 vorgesehen ist.

Fuer die Durchfuehrung der Wahl moechte die armenische Regierung ein internationales Kontingent an Wahlbeobachter mobilisieren. Eine formelle Anfrage werde noch folgen, doch sei er, A, in Bern, um u.a. die Bereitschaft der Schweiz in dieser Hinsicht abzuklaeren.

DY erklaerte, die Schweiz sei gerne bereit, ein konkretes Gesuch der armenischen Regierung zu pruefen. Er wies darauf hin, dass dazu vor allem auch genauere Angaben (Dauer der Wahlbeobachtung, Grosse des Kontingents, Festlegung der Aufgaben, Transport, Unterbringung, etc.) notwendig sind.

Unquote

Politisches Sekretariat, Guy Ducrey  
)))

\*\*\*

**ORIGINAL** an: 

affetra

*Kopie an:*

Kopie:

- Politische Abteilung III
- THU

4588 ZEICHEN/CARACTERES

SY